

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsstelle: Tagesblatt Riesa,
General Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 188
Glockengasse, Riesa Nr. 52.

Nr. 18.

Dienstag, 22 Januar 1924, abends

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Münzen; die 20 mm breite, 3 mm hohe Zeile 100 Gold-Münzen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Letzte Zeile. Ermäßigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgang stangenweise werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Grübler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Auszahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dr. Schacht vor dem Sachverständigenausschuß.

Paris. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meyer von der Reparationskommission sind gestern nachmittag vom ersten Sachverständigenausschuß zu offiziellen Besprechungen empfangen worden. In der um 3 Uhr sich anschließenden offiziellen Sitzung wurde den deutschen Vertretern der Fragebogen des Ausschusses vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in weitläufigen zusammenhängenden Ausführungen und daran anschließend auf einzelne Fragen der Ausschusssmitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldwährungsreform. Die Sitzung war gegen 6 Uhr zu Ende. Dr. Schacht und Dr. Meyer werden heute vormittags 10 Uhr vom zweiten Sachverständigenausschuß (deutsche Auslandsausgaben) gehört werden, der gestern seine Arbeiten aufgenommen hat. In dieser Sitzung wird den deutschen Vertretern auch mitgeteilt werden, ob der erste Ausschuss sie nochmals zu hören wünscht.

Paris. Der zweite Sachverständigenausschuß hat in seiner Nachmittagsitzung, die von 3 bis 5.30 Uhr dauerte, einen allgemeinen Meinungsäusserungsaustausch über seine Aufgaben geübt und beschlossen, die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris zu beantragen, um von ihm Erläuterungen über die deutsche Auslandsausgaben und die Möglichkeit ihrer Zurückführung entgegenzunehmen. Der Agence Havas zufolge hat Dr. Schacht diese Fragen bereits in einem Sachverständigenausschuß geteilt durch einen Hinweis darauf, daß die Einlösung der von ihm geplanten deutschen Goldwährungsreform die Rückführung begünstigen werde. Dr. Schacht hat, wie Havas mitteilt, nach Schluß der gestrigen Sitzung des ersten Ausschusses Journalisten erklärt, er habe sich verpflichtet, über die Sitzung Stillschweigen zu bewahren, und er werde sein Wort halten. Er könne nicht einmal etwas über seinen Eindruck mitteilen. Im übrigen liege es auch näher, die Mitglieder des Sachverständigenausschusses um ihren Eindruck zu befragen. Alles, was er sagen könne, sei, daß er noch einige Tage in Paris bleiben und heute vom zweiten Ausschuss gehört werden werde, um sich über die deutsche Kapitalausfuhr auszusprechen.

Die Eröffnung des zweiten Sachverständigenausschusses. Paris. Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou erklärte in seiner Begrüßungsansprache an die Mitglieder des zweiten Sachverständigenausschusses, der gestern vormittags um 11 Uhr in Paris zusammengetreten ist: Das Problem der deutschen Kapitalflucht läßt sich mit größerer Bestimmtheit stellen, als lösen. Es ist unmöglich, seine Unterdrückung zu vermeiden. Die deutsche Regierung hat eine Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen getroffen, um sie einzudämmen. Diese sind leider unvollständig geblieben. Die Reparationskommission ist nicht der Auffassung, es ist von Deutschen im Auslande in Form von Depots, von Beteiligungen an bestehenden Geschäften und von Holdings ein beträchtliches Kapital gebildet worden, das die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Mitleidenschaft zieht und dadurch auch seine Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt. Wäre dies Kapital abzuführen? Wäre es sich zurückzuführen? Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna schäufte im Dezember 1922 die auf diese Weise nach dem Auslande abgemanderten deutschen Kapitalien auf keinen geringeren Betrag als eine Milliarde Dollar. Es wird ihre Rückgabe sein, die Art der Verwendung der in Frage stehenden Beträge und die zur Vorbereitung ihrer Rückführung geeigneten Methoden ausfindig zu machen. Es ist zu hoffen, daß sie von der deutschen Regierung unterstützt werden, deren berufliche Vertreter zum wiederholten Male erklärt haben, daß ein Versuch zur Rückführung der deutschen Auslandskapitalien an Gläubiger und Schuldner ihre aktive Unterstützung finden würde. Zwischen den beiden Sachverständigenkomitees gibt es keine strenge Unterscheidung. Es ist vielmehr notwendig, daß sie einander kennen, unterstützen und zusammenarbeiten. Haben sie nicht die Aufgabe, auf verschiedenen Wegen zum gleichen Ziele zu gelangen: die finanzielle Wiederherstellung Deutschlands, die die erste Voraussetzung für die Erfüllung seiner Verpflichtungen ist? Darauf übertrug Barthou dem englischen Sachverständigen

Mac Kenna den Vorsitz des Ausschusses. In seiner Antwort auf die Ansprache Barthous entschuldigte sich der englische Delegierte Mac Kenna, seine Rede nicht vorbereitet zu haben, weil seine zu verlässige Ankunft ihm keine Zeit dazu gelassen habe. Auf alle Fälle könne er nichts Besseres tun, als die Worte bekräftigen, sich sogar zu eigen zu machen, die vor acht Tagen General Dawes gesprochen habe. Mac Kenna hat den ihm angebotenen Vorsitz des Komitees angenommen.

Das Kabinett Baldwin geschlagen.

London. Das Kabinett Baldwin ist kurz vor Mitternacht in der Abstimmung im Unterhause über das Amendement der Arbeiterpartei geschlagen worden. Das Stimmenergebnis ist 225 zu 256.

London. Im Unterhause wurde nach Erledigung von Anfragen die Debatte über den Mißtrauensantrag von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei. Das Land brauche vor allen Dingen die Beseitigung einer Regierung, die eingeknickt habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht förderlich behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hoffen, daß sie es könnten. Die Wählererschaft habe gleich-

maßen die wilden Experimente des Schacht als auch des Sozialismus verworfen; es sei jedoch eine große Mehrheit von Stimmen vorhanden zu Gunsten der Politik in auswärtigen und inneren Angelegenheiten, die billigerweise als gemeinsames Gut der Liberalen und der Arbeiterpartei bezeichnet werden müsse. Außen Chamberlain, der die Rede Simons scharf kritisierte, erklärte, bei der nächsten Wahl werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservativen aussprechen. Ramsay MacDonald führte aus, die äußere Lage habe sich infolge des voraussichtlichen Rentenwechsels geändert. Pflicht der Arbeiterpartei sei es gewesen, die Regierung bei erster Gelegenheit anzuklagen und ein Urteil über sie zu verlangen.

Vor schwierigen Aufgaben.

Die vor der Regierungsaufnahme stehende englische Arbeiterpartei sieht sich nicht nur im großen einem Aufgabenfeld gegenüber, wie es nur selten einer ins Amt kommenden englischen Regierung vorzeseht worden ist, auch im einzelnen begannen sich drinnen wie draußen die allgemeinen Wirren und Verwirrungen zu Anforderungen an unmittelbare Entscheidungen und schnelles Handeln auszuwirken. Es fehlt deshalb im Inlande wie im Auslande nicht an Stimmen, die beweisen, ob die praktisch so aut wie gar nicht geklungen und immerhin mit einem starken Ballast von Programmforderungen belasteten neuen Männer den augenblicklichen Verhältnissen gewachsen sein werden. Man redet sogar bereits verschiedentlich aus den angegebenen Gründen von der angeblich nur kurzen Lebensdauer einer Arbeiterregierung, auf deren Schelten jedoch wiederum Wahlen oder eine Lloyd George-Regierung in der Form einer neuen liberal-konservativen Koalition erfolgen werde. Zunächst einmal ist der plöcklich und im beträchtlichen Umfang ausgedehnte Eisenbahnerstreik gerade im gegenwärtigen Augenblick eine nicht gerade vertrauens-erweckende Vorleistung der Arbeiterpartei. Die Gewerkschaften sehen zwar, ähnlich wie letzterzeit in Deutschland, den Streik ab, aber die 60 000 Mitglieder zählende Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer will anstandslos der vorgeschlagenen Lohnverfugung nichts von einem Vermittlungsvorschläge wissen, den auch Macdonald selbst unterstützt hat. Das im Hinblick auf Sozialismus und Bolschewismus sehr mißtrauische große Publikum in England dürfte in seinen Stimmungsaenderungen die Ansicht der Liberalen, eine Regierungsbildung der Arbeiterpartei zu ermöglichen, wenn auch nicht gerade unstimmen, so doch sichtlich beeinflussen. Vom Standpunkt der Eisenbahner aus ist die Haltung des radikalen Verbandes nur aus der Absicht zu erklären, die Arbeiterführer gleich von vornherein nachdrücklich an ihre Eigenschaft als Klassenvertreter zu erinnern.

Wahrscheinlich hat sich der die gesamte Politik beherrschende Gegenpol zu Frankreich akut in der schließlichen Frage sowie in der Blockierung der englischen Vorkommnisse gezeigt. Generalkonjunkt Elbow ist zur persönlichen Vertretung nach London gereist und die Tendenz seines Berichtes dürfte nach seinen Feststellungen und Versicherungen nicht zweifelhaft sein. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Frankreich die offene, wenn natürlich auch abgelehnte Unterstützung der Separatisten zu einer Anerkennungsforderung dieser autonomen Regierung gegenüber in der Rheinlandkommission verdrängen wird. Immerhin muß und wird die englische Regierung, mag sie heute Baldwin und morgen Macdonald heißen, wissen, daß von einer formalen Ablehnung durch Frankreich bis zur tatsächlichen Deckung vertragsschließender Zustände in der Welt noch ein weiter Weg ist. Mit den Mitteln der politischen Ideologie ist Frankreich gegenüber nichts zu erreichen. Die Blockade der englischen Zone bedeutet eine noch größere und unmittelbare Herausforderung des angeblichen Verbündeten. Wäre barte man in England sich über die sehr beschwerlichen Verkehrsbedingungen mit der Auffassung hinwegzusetzen versucht, als ob die Eisenbahner aus technischer Unbeholfenheit das Röhren Gebiet dezentriert habe. Diese Auffassung ist jetzt endgültig fallen gelassen worden. Die englische Verfechtung ist schon von „offener Blockade“ und von einer „Kriegserklärung“ Frankreich an England. Besonders verstimmt hat es, daß auch Belgien diese als Voraussetzung empfindenden Maßnahmen unterstützt hat. Baldwin wird persönlich nicht gerade traurig darüber sein, daß er alle diese heißen Dinge den neuen Männern übergeben kann.

Lohnabbaubestrebungen.

London. In den Gewerkschaften aller Richtungen ist eine Abwehrbewegung im Gange, gegen Vorkommnisse des Reichsfinanzministeriums auf Lohnabbau, die durch die Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens des Reichsfinanzministeriums an das Arbeitsministerium bekannt geworden sind. In diesem Schreiben betont Staatssekretär v. Schlieben unter Berufung auf die Angaben verschiedener Arbeitgeberverbände die Notwendigkeit, daß auch der Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepasste Lohnpolitik der Abbau der Warenpreise ermöglicht wird. An den erzieherischen Gehaltsfragen der Staatsbediensteten müsse bei der Finanznot des Reiches festgehalten werden. Die bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltungen vorhandene Mißstimmung würde aber neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft in steigendem Maße eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden, als diejenigen des Reiches. Ich spreche daher die Bitte aus, so heißt es in dem Schreiben, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsausschüsse bei ihrer Tätigkeit auf die geänderte Gesamtlage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann, darf ich mir die Anregung erlauben, ob es nicht notwendig wäre, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Zurückhaltung der geschlichen Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Löhne und Gehaltsätze des Reiches nicht, oder nur unter besonderen Voraussetzungen, hinausgegangen werden darf.

Von maßgebender Stelle wird der Inhalt dieses Briefes dahin erläutert, daß der Finanzminister keineswegs einen Lohnabbau verlange, sondern er geht von der Erwägung aus, daß die Schlichtungsausschüsse nicht, vermöge der Verbindlichkeitsklärung mit Staatsgewalt durchgeführt werden können, wenn sie Angehörige und Arbeiter günstiger stellen, als die nichtbeamteten Arbeitnehmer des Reiches gestellt sind. Der Finanzminister geht von dem Grund aus, daß es besser sei, als durch Lohnabbau wieder eine Steigerung der Preise hervorzurufen, die Lebenshaltungskosten zu senken und dadurch eine Steigerung des Reallohnens der Arbeitnehmer zu erreichen. Die Arbeitnehmer des Reiches haben sich ihre letzten Besätze gefallen lassen, weil sie auf diese Weise eine Grundana ihrer Verhältnisse erlebten. Bei dem früheren System hätte eine Preissteigerung nicht erreicht werden können. Die Staatsgewalt darf jedenfalls nicht zugunsten anderer Arbeitnehmer in härterem Maße herangezogen werden, als für die eigenen Arbeitnehmer des Reiches. Der Staat müsse für seine eigenen Arbeiter ebenso eintreten, wie für die Arbeitnehmer der Privatbetriebe. — Von den Gewerkschaften wird dagegen eine Bekämpfung des gesamten geschlichen Schlichtungswesens befristet, wenn die Schlichtungsausschüsse sich an die niedrigen amtlichen Besoldungsätze halten müssen, die nur als vorübergehende Notstandsmassnahme gedacht worden waren.

Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben des Reichsfinanzministers. Berlin. Auf das Schreiben des Reichsfinanzministers hat der Reichsarbeitsminister, wie die Z.-N. erfährt, eine Antwort erteilt, in der es unter anderem heißt: Von dem Inhalt ihres Schreibens vom 14. Januar habe ich Kenntnis genommen. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der Lohn- und Gehaltsabgaben des Reiches und der Länder. Für die gesamte Lohngestaltung des Reiches und der Länder ist die gesamte Lohngestaltung gleichwohl heute ich es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundplan des Inhalts anzustellen, daß die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlungen der Länder künstlich nicht hinausgehen dürfen. Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsausschüssen Grenzen für die von ihnen vorzuschlagenden Vorschläge vorzuschreiben. Ich lege die große Bedeutung der Schlichtungsausschüsse und die starke Wertschätzung ihrer Autorität gerade in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer sachlichen Stellungnahme. Die Schlichtungsausschüsse hat meines Erachtens nicht die Aufgabe, eine behördlich als maßgebend anerkannte Lohngestaltung anzugeben, sondern den Beteiligten bei der von ihnen selbst unter eigener Verantwortung vorzunehmenden tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen behilflich zu sein. Die Schlichtungsausschüsse kommen im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten zu Stande und es ist nicht verständlich, wie die Vorgesetzten einer, den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmenabgabe gebracht werden sollten. Ich werde nach wie vor bemüht sein, auf eine einseitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken und den Schlichtungsausschüssen das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage anzubieten lassen, halte aber eine Bindung der Schlichtungsausschüsse durch eine Art Sperrgesetz für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens.

Der englische Eisenbahnerstreik.

London. Im Mittelpunkt des Interesses steht der Streik der Lokomotivführer und Heizer. Laut Daily Chronicle werden fast 60 000 Eisenbahner unmittelbar davon betroffen. Der Vorsitzende des streikenden Verbandes erklärte in einer Rede, der Ausnahmestritt werde vielmehr zwei Wochen dauern. Westminster Gazette zufolge wird offiziell mitgeteilt, daß in zahlreichen Bezirken die Mitglieder des Nationalverbandes der Eisenbahner ihrer Absicht Ausdruck verleihen hätten, die Arbeit einzustellen, falls sich nicht mit wenigen Ausnahmen den ausländischen Mitgliedern des Lokomotivführerverbandes während der Nacht noch nicht angeschlossen.

Die Blätter tadeln im allgemeinen ohne Unterschied der Partei den Streik. Einige erklären, er werde vielmehr einen dauerlichen Einfluß auf die Ausichten der Arbeiterregierung bei Beginn ihrer Landbahn haben.

London. Neunter meldet: Die Zeitung des Eisenbahnerfreies hofft, daß der Ausnahmestritt bald allgemein sein wird. Es wird auch berichtet, daß Mitglieder der Gewerkschaft von Thomas sich dem Streik angeschlossen hätten, was u. a. in Warrington und teilweise in Crewe der Fall ist. Am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen ist der Bezirk der London-Midland-Schottland-Eisenbahngesellschaft, die 70 Prozent des normalen Dienstes aufrecht zu erhalten gedenkt. In welchem Grade die Leute von Thomas die Streikenden unterstützen werden, wird sich erst später zeigen; man hält ihre Haltung für entscheidend. In einer Versammlung der Streikenden wurde Thomas mit dem Rufe „Verräter“ bekräftigt.